

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dorothea Steiner, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11161 –**

Wertstoffsammlung verbessern – Mehr Ressourcen aus Abfällen zurückgewinnen

A. Problem

Um die Abfallpolitik umweltverträglich weiterzuentwickeln, müssen nach Auffassung des Antragstellers mehr Wertstoffe als bisher effektiv zurückgewonnen und verwertet werden.

Die Bundesregierung soll mit dem Antrag aufgefordert werden,

- die Abfallvermeidung als prioritäres Ressourcenziel zu stärken,
- die Sammlung und Verwertung von Wertstoffen aus Abfällen deutlich zu verbessern,
- Regelungen der Verpackungsverordnung in das von der Bundesregierung angekündigte Wertstoffgesetz zu integrieren und
- die Sammlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikschrott zu verbessern, um die enthaltenen wertvollen Rohstoffe zurückzugewinnen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11161 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Michael Brand
Berichterstatter

Gerd Bollmann
Berichterstatter

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Dorothea Steiner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michael Brand, Gerd Bollmann, Horst Meierhofer, Ralph Lenkert und Dorothea Steiner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/11161** wurde in der 201. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Oktober 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Um die Abfallpolitik umweltverträglich weiterzuentwickeln, müssen nach Auffassung des Antragstellers mehr Wertstoffe als bisher effektiv zurückgewonnen und verwertet werden. Ziel müsse es sein, die Abhängigkeit der Wirtschaft von Primärrohstoffen zu verringern und die negativen Umweltauswirkungen beim Gewinn von Ressourcen zu reduzieren.

Die Bundesregierung soll deshalb mit dem Antrag aufgefordert werden,

- die Abfallvermeidung als prioritäres Ressourcenziel zu stärken,
- die Sammlung und Verwertung von Wertstoffen aus Abfällen deutlich zu verbessern,
- Regelungen der Verpackungsverordnung in das von der Bundesregierung angekündigte Wertstoffgesetz zu integrieren und
- die Sammlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikschrott zu verbessern, um die enthaltenen wertvollen Rohstoffe zurückzugewinnen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11161 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11161 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/11161 in seiner 86. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, alle seien einig, eine Wertstofftonne einführen zu wollen. Von Bundesregierung,

über Bundestag, bis zu den Kommunen und der Privatwirtschaft unterstützten alles das Vorhaben. Es sei gemeinsames Ziel, mehr Metalle und Kunststoffe zurückzugewinnen. Auf dem Weg dorthin sei die Opposition nach allen Erfahrungen mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz aufgefordert, sich in die Gespräche mit Ländern Kommunen einzubringen, und zu einem fairen Interessenausgleich beizutragen.

Beim Thema Mehrweg und Einweg sei der Antrag bereits überholt. Das Kabinett habe bereits eine klare Kennzeichnungspflicht verabschiedet. Darüber habe man unter dem ehemaligen Bundesminister Sigmar Gabriel nur geredet, und es sei nichts geschehen, nun werde gehandelt. Mit der Kennzeichnung alleine werde der Rückgang von Mehrweg allerdings nicht aufzuhalten sein. Der Gesetzgeber bleibe aufgefordert, die selbst festgelegten Quoten vor dem Hintergrund der ökologischen Vorteile von Mehrweg sowie der mittelständischen Struktur der regionalen Abfüller und der dort Beschäftigten entsprechend abzusichern. Dabei werde es keine weitere Lenkungsabgabe geben; man brauche klügere Lösungen.

Insgesamt sei beim Wertstoffgesetz entscheidend, mit Ländern, Kommunen und der Wirtschaft zu einem fairen Kompromiss zu kommen. Es gehe bei der Kreislaufwirtschaft nicht nur um Ökologie, sondern in Zeiten knapper Rohstoffe auch um einen zwischen Kommunen und Privaten umkämpften Milliardenmarkts. Bei den Lösungen dürfe es weder Lösungen ausschließlich für die Privatwirtschaft, noch dürfe es eine Rekommunalisierung geben. Dies sei keine Lösung, zumal sich die Produktverantwortung in den letzten 20 Jahren sehr bewährt habe.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, man sei mit allen Beteiligten im Gespräch. Man werde aber beim Wertstoffgesetz nicht hinter die roten Linien aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zum Beispiel im Bereich der Daseinsvorsorge der Kommunen zurückfallen. Soweit werde die Gesprächsbereitschaft nicht gehen. Notwendig sei mehr Gesprächsbereitschaft zwischen den Fraktionen der CDU/CSU einerseits und der FDP andererseits.

Die Forderungen in dem vorliegenden Antrag seien weitgehend identisch mit denen der Fraktion der SPD. So müsse beispielsweise die Stärkung der Abfallvermeidung besser im Kreislaufwirtschaftsgesetz verankert werden. Bei der Weiterentwicklung des Einwegpfandes zu einer ökologischen Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen dürfe aber nicht zusätzlich zur Pfandregelung noch eine Abgabe erhoben werden. Einem derartigen Vorschlag würde man nicht zustimmen. Man gehe stattdessen davon aus, dass das Einwegpfand auch auf andere Einwegsysteme ausgeweitet werden solle.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die Umsetzung des Antrags würde nicht zu mehr Recycling führen. Stattdessen gehe es um Rekommunalisierung und Ausschaltung des Wettbewerbs.

Bevor der Verpackungsbereich 1991 privatisiert worden sei, hätten die Verwertungsquoten bei ca. 53,7 Prozent für Glas, 28 Prozent für Papier und Karton und 3,1 Prozent für Kunststoff gelegen. Zwanzig Jahre später lägen diese Zahlen bei 87,2 Prozent für Glas, 85 Prozent für Papier und Karton und 90,3 Prozent für Kunststoff. Es sei bekannt, dass der Kunststoff nicht zu 100 Prozent recycelt werde. Dies sei aber keine Frage der öffentlichen oder privaten Strukturen, sondern der energetischen Verwertung. Aufgrund der genannten Zahlen könne man jedenfalls nicht sagen, dass ein System in kommunaler Hand zu einem besseren Recycling führe. Es stelle sich deshalb die Frage, ob man aus ideologischen Gründen eine öffentliche, rekommunalisierte Abfallwirtschaft bevorzuge oder ob man wirklich mehr Recycling erreichen wolle.

Ziel müsse ein Wettbewerb der besten Lösungen sein. Wenn man der Auffassung sei, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dies mindestens genauso gut könnten, dann sollte man zumindest Wettbewerb zulassen. Bei diesem würden die Öffentlich-rechtlichen ohnehin bevorzugt werden, weil sie im Gegensatz zu den Privaten keine Mehrwertsteuer bezahlen müssten. Wer diesen Wettbewerb nicht zulassen wolle, handele unvernünftig und mache sich unglaubwürdig.

Die Kommunen machten gute Arbeit beim Einsammeln der Abfälle. Anlagen zur Sortierung und zum Recycling seien aber zu einem sehr großen Teil im privaten Bereich entstanden. Es sei nicht nachvollziehbar, warum man diesen Bereich wieder zerstören wolle. Solange man hier nicht bereit sei, auf Kompromisse einzugehen, werde man voraussichtlich nicht zu einem Ergebnis kommen, weil jede Initiative im Bundesrat blockiert werde. Ein vernünftiges Ergebnis im Sinne der Kommunen und der Privaten sei so nicht zu erreichen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, notwendig sei vor allem auch die Vermeidung von Abfall. Diese beginne beim Produzenten und beinhalte die Produkthaftung und Produktgestaltung. Nach wie vor gebe es aber zahlreiche Produkte, die so konstruiert seien, dass sie kurz nach Ablauf der Gewährleistungs- bzw. Garantiefrieten defekt seien. Dies sei eine Ressourcenverschwendung, die man unterbinden müsse. Wenn man die Lebensdauer der Produkte verlängern wolle, könne man der Garantie eine größere Bedeutung im Ordnungsrecht beimessen. Man müsse von der Gewährleistung wegkommen. Bei ihr müsse der Kunde nachweisen, dass das Produkt fehlerhaft produziert worden sei. Bei der Garantie sei es die Aufgabe des Herstellers, nachzuweisen, dass er nicht für den Mangel verantwortlich sei.

Den im vorliegenden Antrag gemachten Vorschlägen könne man grundsätzlich zustimmen. Jedoch fehlten die Konkretisierungen, mit welchen Schritten die Ziele erreicht werden sollten. Die Erfassung von 90 Prozent der Kunststoffe sei eine gute Sache. Wenn von den 90 Prozent aber 70 Prozent im Hochofen eines Stahlwerkes oder einer Zementfabrik landeten, habe das wenig mit stofflichem Recycling zu tun. Wichtiger als die Erhöhung der Erfassungsquote von 90 auf 95 Prozent sei eine bessere stoffliche Verwertung.

Man könne die Zahlen, die von kommunaler Seite und von der Duales System Deutschland GmbH (DSD) genannt würden, bezweifeln. Wenn aber die Erfassungskosten deut-

lich niedriger seien als die Verwaltungs-, Marketing- und Ausschreibungskosten, stimme irgendetwas im System nicht. Das Missbrauchspotenzial sei viel zu groß. Leider werde dazu im vorliegenden Antrag nicht Stellung genommen.

Es sei nicht leicht, einen Gesetzentwurf oder einen Antrag zu formulieren, der die Abfallhierarchie umsetze und gleichzeitig sicherstelle, dass die Kosten nicht explodierten und die Daseinsvorsorge gewährleistet werde. Wenn man das System nur vom Gewinn her betrachte, könne es sein, dass in manchen Phasen ein privates System effizienter sei. Das System müsse aber auch funktionieren, wenn damit kein Geld zu verdienen sei. Dies sei in der Vergangenheit des Öfteren der Fall gewesen. Aufgrund von Konjunkturzyklen seien die Preise für Rohstoffe soweit gefallen, dass sich eine Ausschreibung nicht mehr lohne. Die Daseinsvorsorge müsse aber immer funktionieren. Sie müsse in öffentlich-rechtlicher Hand bleiben. Eine Privatisierung an dieser Stelle sei falsch. Über die Aufgabenteilung bei der Aufbereitung könne man reden. Da seien verschiedene Möglichkeiten denkbar.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, man habe jetzt den Antrag gestellt, weil es dringend erforderlich sei, die inhaltlichen Planungen und Festlegungen für eine bessere Wertstoffeffassung schnell auf den Weg zu bringen. Ziel sei die Verabschiedung einer entsprechenden Regelung noch in der laufenden Legislaturperiode. Es bestehe großer Handlungsbedarf.

Wenn man aus ökonomischen und ökologischen Gründen eine echte Kreislaufwirtschaft erreichen wolle, müsse man verhindern, dass wertvolle Rohstoffe in den Müll gelangten. Man müsse das Instrumentarium verbessern, um mehr von diesen Rohstoffen erfassen zu können. Dabei gehe es nicht nur um eine Gelbe oder Orange Tonne Plus. Die Rückführungsquote müsse in allen Bereichen erhöht werden. Eine getrennte Sammlung aller Kunststoffe, Metalle und Verbundsysteme müsse sichergestellt werden. Das anschließende Ziel sei die möglichst vollständige Verwertung.

Es komme auch darauf an, einerseits sämtliche Kunststoffformen zu erfassen, um den zurückgeführten Kunststoffanteil deutlich erhöhen zu können. Auf der anderen Seite müsse man den Mehrweganteil deutlich erhöhen, der gegenwärtig im Bereich der Kunststoffe extrem niedrig sei. Dies hänge unter anderem mit der Befandung und dem wachsenden Anteil der Einwegflaschen zusammen. Notwendig sei die Ausweitung der Pfandpflicht auf die Getränke-segmente Fruchtsäfte, Fruchtnektare, Gemüsesäfte und Gemüsenektare.

Ein zusätzlicher wichtiger Punkt sei die Verwertung Seltenen Erden und wertvoller Metalle im Elektroschrott. Die Sammlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikschrott müsse mithilfe eines verbesserten Rücknahmesystems und zusätzlicher finanzieller Anreize verbessert werden, um die enthaltenen wertvollen Rohstoffe zurückzugewinnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen

SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/11161 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Michael Brand
Berichterstatter

Gerd Bollmann
Berichterstatter

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Dorothea Steiner
Berichterstatterin

